

Zeitschrift: Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum

Herausgeber: Forum Helveticum

Band: 1 (2001)

Artikel: Europa bleibt aktuell

Autor: Christen, Thomas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-833114>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EUROPA BLEIBT AKTUELL

Thomas Christen, Neue Europäische Bewegung Schweiz

Sonntagnachmittag, 4. März, 16.00 Uhr. Es ist bereits klar, dass alle Stände die Initiative «Ja zu Europa!» ablehnen werden. Erste Interpretationen werden gesucht. Ständerat Merz, der sein Nein noch in der Abstimmungskampagne mit der Unterstützung des Bundesrates begründete, will von dieser Unterstützung plötzlich nichts mehr wissen und fordert den Bundesrat auf, in Sachen EU nun endlich den Fuss vom Gas zu nehmen.

18.00 Uhr. Mittlerweile ist auch der letzte Kanton ausgezählt. Über 76% der Schweizer Bevölkerung sagen Nein zur Initiative «Ja zu Europa!». Elefantenrunde. Die Interpretation bleibt dieselbe. Steinegger und Durrer erklären unisono, dass bis zum fakultativen Referendum über die Fortsetzung der Bilateralen Verträge sieben Jahre nach deren Inkrafttreten die Frage eines EU-Beitrittes nicht mehr zur Debatte stehe. Also bis mindestens 2009. Das heisst im Klartext: In diesem Jahrzehnt haben wir sicherlich mal Ruhe vor einer erneuten EU-Beitrittsdiskussion. Ergo: Rein ins Gefrierfach mit der EU-Frage. So weit so gut.

Das gibt etwas Luft für nationale Themen. Vorschlag 1: Stau am Gotthard. Was für eine herrliche Diskussion – Giezendanner gegen Häammerle in der Arena. Zweiter Gotthardtunnel, ja oder nein. Plötzlich dreht sich die Diskussion um den Zoll bei Chiasso. Man ist sich einig, dass diese Grenzkontrolle zur Zeit *das Nadelöhr* ist. Die Lösung wäre eigentlich einfach: den Zoll abschaffen, wie dies bei einem EU-Beitritt der Fall wäre...und schon landet man wieder beim Thema EU.

Gut, dieses Thema war vielleicht nicht gerade glücklich gewählt. Vorschlag 2: Swissair. Noch die interessantere Diskussion. Jeder hätte es besser gemacht als das alte SAir-Management. Was sich da Bruggisser, Honegger & Co geleistet haben, geht auf keine Kuhhaut. Das Unterfangen Sabena war ja von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Warum ist man auf so etwas überhaupt eingegangen? Aha, ausschlaggebend war die Diskriminierung der schweizerischen Fluggesellschaft auf dem europäischen Markt...? Moment, halt, nicht schon wieder die EU.

Schnell, Themenwechsel. Vorschlag 3: Das Flughafenabkommen zwischen

der Schweiz und Deutschland. Maurer hat es schon immer gewusst, Ledergerber erst seit kurzem – Bundesrat Leuenberger kann einfach nicht gut verhandeln. Sein Abkommen mit Deutschland ist diskriminierend und für die Zürcher Wirtschaft äusserst schädlich. Und dann dies: Der Bundespräsident erklärt, dass er schon seit langem mit seinem deutschen Kollegen sprechen wollte, dieser sich aber schlicht geweigert habe. Wäre es da doch nützlich gewesen, ist man versucht zu denken, wenn er am Rande einer Ministertagung in Brüssel dieses Thema hätte anschneiden können...und schon wieder landet man bei der EU.

Mittlerweile sind erst rund drei Monate vergangen seit der klaren Niederlage der Initiative «Ja zu Europa!». Und es zeigt sich: Kaum eine Woche vergeht ohne Ereignis, welches das Verhältnis der Schweiz mit der EU betrifft. Uns ist allen klar: Das Schweizer Volk hat am 4. März Nein zur sofortigen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gesagt. Das gilt es unumwunden zu akzeptieren. Aber etwas anderes ist eben auch klar: Das Europadossier kann man nicht so einfach in den Gefrierschrank schieben und wieder hervornehmen, wenn man Zeit und Lust hat – so wie das gewisse Kreise gerne möchten. EU ist eben nicht Armeeabschaffung, Frauenquote oder konstruktives Referendum. Die Schweiz liegt mitten im Europa der EU. Sie ist betroffen von unzähligen Entscheiden und benachteiligt in unzähligen Gebieten.

Gotthard, Swissair und Staatsvertrag mit Deutschland sind heute aktuell. Die Auswirkungen der Einführung des Euro auf die Schweizer Wirtschaft, die Folgen des Schengen-Visums für den Schweizer Tourismus oder die Konsequenzen der Osterweiterung für die Bilateralen Verträge liegen noch in der Zukunft. All dies beschäftigt die Schweiz heute und in den kommenden Jahren – trotz der klaren Niederlage der Initiative «Ja zu Europa!».

Europa bleibt aktuell – und daher bleibt auch eine starke proeuropäische Bewegung aktuell. Eines hat uns die Abstimmungskampagne zur Initiative «Ja zu Europa!» deutlich vor Augen geführt: Die Verunsicherung beim Thema EU ist in der Bevölkerung immer noch sehr gross. Es wird daher weiterhin entscheidend sein, Fragen zur europäischen Integration zu thematisieren und auf die Nachteile eines Alleinganges aufmerksam zu machen. Ungeachtet des Abstimmungsergebnisses ist die NEBS überzeugt, dass längerfristig die Interessen der Schweiz mit einem EU-Beitritt am besten gewahrt werden können. Nur so kann die Schweiz als gleichberechtigter Partner dort mitentscheiden, wo die wichtigen Entscheide gefällt werden. Die NEBS wird sich daher auch weiterhin entschieden für einen Beitritt der Schweiz zur EU einsetzen.

Im Hinblick auf einen Beitritt der Schweiz zur EU sind in den nächsten Jahren innenpolitische Reformen von zentraler Bedeutung. Dazu gehören unter anderem eine Staatsleitungsreform, eine Reform der Volksrechte oder auch eine Steuerreform. Die NEBS wird die nötigen Reformen mit Nachdruck fordern und wird sich auch zum Verlauf dieser Reformen kritisch äussern.

Gleichzeitig gilt es für die NEBS auch, andere aussenpolitische Themen anzugehen. Nachdem sich die NEBS klar hinter die Revision des Militärgesetzes gestellt hat, steht im kommenden Jahr ein weiteres wichtiges aussenpolitisches Thema auf der Agenda: Die Frage eines UNO-Beitrettes. Die NEBS wird sich ohne Wenn und Aber hinter das Anliegen stellen und sich dafür einsetzen, dass die Schweiz als 190. Staat der UNO beitritt und damit einen solidarischen Beitrag an eine friedlichere Welt leistet.

Europapolitisch im Rampenlicht befindet sich momentan die Mitte Januar begonnene zweite Runde der Bilateralen Verhandlungen. Dabei stehen neben den Left overs aus der ersten Verhandlungsrunde weitere wichtige Themen auf der Traktandenliste: Zinsbesteuerung, Schengen, Dublin. Für die NEBS gilt es, diesen Prozess aus Sicht von EU-Befürwortern kritisch zu begleiten und ihren eigenen Standpunkt zu definieren. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Bereich «Schengen/Dublin». Im jetzigen Zeitpunkt wäre es noch verfrüht, sich klar *gegen* oder klar *für* eine Assoziiierung in diesem Gebiet auszusprechen. Aufzuzeigen ist, welche Bedenken insbesondere im institutionellen Bereich noch bestehen (fehlende Mitentscheidungsmöglichkeit). Gleichzeitig wird die NEBS aber auch die grundsätzlichen Vorteile einer Zusammenarbeit in den Bereichen «Schengen/Dublin» darlegen und durchblicken lassen, dass sie sich einer klugen schrittweisen Annäherung an die EU nicht vollständig verschliesst. Ein ewiger Bilateralismus dagegen kann selbstredend keine Lösung sein für einen souveränen Staat.

Europa bleibt aktuell – die NEBS auch. Das Feld der Europapolitik darf nicht einfach der AUNS und ihren Halb- und Unwahrheiten überlassen werden. Eine starke proeuropäische Kraft ist auch in Zukunft für die Schweiz von zentraler Bedeutung.